Schlesische Rundschau

MITTEILUNGSBLATT DES LANDESAUSSCHUSSES DER CHRISTL. GEWERKSCHAFTEN

Erscheint monatlich. Geschäftsstelle: Breslau 2, Teichstraße 24 II.
Erfüllungsort: Breslau • Fernsprechnummer 54462
Versand und Anzeigenannahme durch die Geschäftsstelle

Anzeigenpreis: Die 32 mm breite Millimeterhöhe 10 Goldpfennig
Druck: Buch- und Offsetdruckerei
Schlesische Volkszeitung G.m.b.H., Breslau 1, Hummerei 39/40/41

Nummer 3 | Breslau, den 1. März 1929 | 3. Jahrgang

Trotz

aller Aufklärung und Belehrung ist die Zahl der nichtorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen immer noch sehr groß. Ganz besonders in den Bezirken Schlesiens, in denen in der Vorkriegszeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr schlecht waren, ist jetzt die Organisation am schlechtesten. Die Arbeiterschaft dieser Bezirke, besonders in Oberschlesien, scheint vergessen zu haben, daß sie vor dem Kriege bei 12- und mehrstündiger Arbeitszeit täglich, ganze 1.50—2.00 Mark Lohn bekam. Vollarbeiterinnen bekamen 60—90 Pfg. pro Tag. Die Behandlung war oft unmenschlich. Irgend welche Rechte gab es nicht, so daß bei der Einführung des Betriebsrätegesetzes in diesem Bezirk allgemein vom „Betriebsredegesetz" gesprochen wurde. Also im Betrieb reden durfte man jetzt, anstatt mitreden, wie es der Sinn des Gesetzes ist.

Rationalisierung

ist nicht mehr ein Schlagwort, sondern rauhe Wirklichkeit, auch in unserer schlesischen Industrie. In den letzten 4 Jahren hat sich sehr vieles in der Industrie geändert. So ist z. B. die Fensterglasindustrie von Handarbeit zur Maschinenarbeit übergegangen. Die Fensterglasmacher hatten eine fast unmenschlich schwere Arbeit zu verrichten. Ihr Lohn stand in keinem Verhältnis zu dem Kraftaufwand, aber immerhin gehörten sie zu den bestbezahlten Arbeitern. Sie hatten auch gewisse Privilegien, wie z. B. freie Wohnung und Feuerung. Die Maschine, die zuerst in Belgien aufkam, hielt auch ihren Einzug in Deutschland. Aus erstklassigen Facharbeitern machte sie Hilfsarbeiter, soweit sie überhaupt noch Arbeit bekamen.

Wird

auch in anderen Industrien rationalisiert? Ohne Frage, nur die Öffentlichkeit beachtet es kaum. So hat die Zement-Industrie ganz neue Betriebsanlagen geschaffen. Mit der Hälfte der in der Vorkriegszeit beschäftigten Arbeiter erreicht sie eine bedeutend erhöhte Produktion. Die Maschinen laufen, ohne daß viel Menschen zu ihrer Bedienung benötigt werden. Die Papierindustrie hat zum großen Teil breitere, schneller laufende Maschinen angeschafft, die bis zum Zehnfachen der früheren Produktion leisten. Die Arbeiter an diesen Maschinen werden vollkommen ausgepumpt, denn mehr Leute werden nicht eingestellt. In der chemischen Industrie hat sich die gleiche Entwickelung vollzogen. Die Zuckerfabriken beschäftigen trotz vermehrter Verarbeitungsmenge von Jahr zu Jahr weniger Arbeiter. Dasselbe Bild sehen wir auch in allen anderen Industriezweigen.

Lohnabbau

erfolgt durch die verminderte Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte. Es werden auch bei uns amerikanische Arbeitsmethoden mit all dem Hasten und Jagen und der Gesundheitsschädigung eingeführt. Während aber in Amerika entsprechend der Arbeitsleistung erhöhte Löhne gezahlt werden, verlangt unsere deutsche Industrie amerikanische Arbeitsleistungen mit allen ihren üblen Begleiterscheinungen, bezahlt aber vollkommen unzureichende deutsche Löhne. Die Unfallziffern steigen von Jahr zu Jahr, denn für den Unfallschutz sind keine Mittel vorhanden. Für die Anschaffung der neuen Maschinen ist Geld genügend vorhanden, aber zur Verhütung ihrer Gefahren und für sanitäre Einrichtungen, da soll das Geld fehlen.

Gefordert

wird neuerdings neben dem indirekten Lohnabbau, den die verminderte Arbeiterzahl bringt, auch ein direkter Lohnabbau. Die deutschen, auch die schlesischen Löhne sind zu hoch, so schallt es im Arbeitgeberlager. Ihre Syndici bemühen sich in Wort und Schrift den Nachweis zu erbringen, daß die deutsche Industrie infolge zu hoher Löhne, trotz Rationalisierung konkurrenzunfähig ist. Tarife werden gekündigt, Lohnabbau und mehrjährige Tarifdauer ist die neue Forderung für den Abschluß neuer Verträge. Aussperrungen sind an der Tagesordnung. Je mehr Tausende ausgesperrt sind, desto lieber ist es den Arbeitgebern. Und trotzalledem noch Massen von unorganisierten Arbeitern. Wann werden diesen die Augen aufgehen? Wann schließen sie sich der christl. Gewerkschaftsbewegung als Mitkämpfer an?

X 22

ST.u.U. BIBL. BRESLAU
EING. 29 APR 1929

Denkschrift über die wirtschaftliche Notlage der Grafschaft Glatz.

Ueberreicht von:

Bezirksausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften der Grafschaft Glatz.
Gesamtverband der Angestelltengewerkschaften (Gedag) im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Durch die fast unerträglich gewordene wirtschaftliche Notlage veranlaßt, gestatten sich die unterzeichneten Vereinigungen, die in Frage kommenden Behörden, Parlamente, politischen Parteien sowie die gesamte Oeffentlichkeit um Hilfsmaßnahmen für die Grafschaft Glatz zu bitten. Wir Grafschafter sind als bescheidene und zufriedene Menschen allgemein bekannt. Da aber unsere Notlage derartig groß geworden ist, daß ein weiteres Schweigen nicht mehr verantwortet werden kann, erheben wir unsere Hilferufe. Wir hoffen, daß sie Beachtung finden und nicht ungehört verhallen werden.

Die zum Regierungsbezirk Breslau gehörende Grafschaft Glatz umfaßt die Kreise Glatz, Habelschwerdt und Neurode und zählt 180 000 Einwohner. Sie ist ausgesprochenes Grenzland, da sie auf einer Länge von 171 Kilometer an die Tschechoslowakei angrenzt. Mit nur 42,3 Kilometer grenzt sie an Schlesien und ist sogar noch durch das Wartha-Reichensteiner- und das Eulengebirge von dem übrigen Schlesien getrennt. Landschaftlich zählt die Grafschaft Glatz mit zu den schönsten Gebieten unseres Vaterlandes. Trotz der Naturschönheiten leiden große Teile ihrer Bevölkerung bittere Not. Im nachstehenden einiges über die Ursachen dieser Notlage:

Bereits seit einigen Jahren ist das gewerbliche Leben der Grafschaft Glatz stark zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1925 etwa 32 000. Seitdem ist ein ständiger Rückgang zu verzeichnen. Die Verhältnisse haben sich von Jahr zu Jahr immer mehr verschlechtert. Die Landwirtschaft, in der etwa die Hälfte der Bevölkerung der Grafschaft Glatz Beschäftigung hat, ist wenig ertragreich. Nur geringe Teile der Grafschaft sind ebenes Land, welches sich für landwirtschaftliche Kulturen eignet. Die Erträgnisse der Kulturen an den Gebirgsabhängen, in Höhenlagen bis 800 Meter, sind so gering, daß sie oft kaum die Aussaat einbringen. Im Jahre 1927 wurden im Kreise Habelschwerdt durchschnittlich pro Morgen 4,5 Zentner Weizen, 4,75 Zentner Roggen, 4 Zentner Hafer und 5 Zentner Gerste geerntet. Die Bestellung der Aecker, die Anfuhr des Düngers und das Einbringen der Ernte stellt äußerst große Anforderungen an Menschen und Tiere. Der Ertrag steht in keinem Verhältnis zu diesem Kräfte- und Zeitaufwand. Wenn die Landwirtschaft in den höheren Gebirgslagen rentabel gestaltet werden soll, so ist es unbedingt erforderlich, daß sie in eine Grünlandwirtschaft umgestellt wird. Die landwirtschaftlichen Besitzer sind aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage, weil ihnen die finanziellen Mittel, die diese Umstellung erfordert, vollkommen fehlen. Die Kosten einer solchen Umstellung betragen pro Hektar etwa 500 Mark. Neben der Beschaffung des Zuchtviehs müßten Neu- und Umbauten von Stallungen vorgenommen werden.

Die Forstwirtschaft, die früher 1400—1500 Arbeiter beschäftigte, hat durch Windbruch in den Jahren 1921/22 und infolge großer Vernichtungen durch den Käferfraß sehr gelitten. So betrug der Einschlag im Kreise Habelschwerdt in der Vorkriegszeit 132 000 Festmeter gegenüber 11 000 Festmeter im Jahre 1927. Die Forstarbeiter, die fast durchweg in den abgelegenen Gebirgsdörfern ihren Wohnsitz haben, leiden bittere Not, weil sie in den Forsten nur Gelegenheitsarbeit erhalten; andere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für sie aber nicht vorhanden sind.

Der größte Industriezweig ist der Kohlenbergbau im Kreise Neurode mit zurzeit 6000 beschäftigten Arbeitern. Seine Aufrechterhaltung ist im wesentlichen nur dadurch möglich, daß die Bergarbeiter für einen Lohn arbeiten, der keineswegs ein menschenwürdiges Leben gestattet und auf die Dauer nicht haltbar ist. An allen behördlichen Stellen im Reiche dürfte das Hungerland Neurode sprichwörtlich bekannt sein. Die Bergarbeiter bringen demnach Opfer im Interesse der Erhaltung dieser Industrie, die sie mit ihrem vorzeitigen Hinsterben und Siechtum auch ihrer Familien bezahlen. Die Geschäftsleute und selbständigen Handwerker in den Bergarbeiterorten führen gleichfalls ein sehr kümmerliches Dasein. Ihr Wohlergehen wird von dem Einkommen der Bergarbeiter mit bestimmt. Täglich droht allen noch das Gespenst des vollkommenen Verlustes ihrer Existenz durch die Stillegung der Betriebe. Unserer Ansicht nach kann der Neuroder Bergbau nur durch staatliche Hilfe leistungsfähiger gestaltet und auf die Dauer gehalten werden. Wir bedauern es außerordentlich, daß die bereits in Aussicht gestellte finanzielle Hilfe des Reiches nicht gewährt wurde. Der eine Neuroder Betrieb, der durch seine Tonproduktion etwas günstigere Wirtschaftsbedingungen hat, stellt nicht den gesamten Kohlenbergbau des Neuroder Bezirks dar. Auch dieser Betrieb würde ohne seine Tonproduktion eines Tages das Schicksal der übrigen, nur künstlich durch die größten Opfer der Bergarbeiter noch aufrecht erhaltenen Betriebe teilen.

Das Baugewerbe, in dem in der Vorkriegszeit bis 5000 Arbeiter Beschäftigung fanden, hatte in den letzten Jahren trotz größter Wohnungsnot nicht genügend Aufträge. Die Bautätigkeit beginnt sehr spät. Im Jahre 1928 hat diese vor Mitte Mai nur vereinzelt begonnen und mit Ende September zum größten Teil ihr Ende erreicht. In den besten Baumonaten waren sogar arbeitslose gelernte Bauarbeiter in größerer Anzahl vorhanden. Mit Rücksicht auf die unbeschreiblich schlechten Wohnungsverhältnisse nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, müßte das Baugewerbe für Jahre hinaus Hochkonjunktur haben. Die Landarbeiterwohnungen sind zum großen Teil derartig schlecht, daß sie den Namen Wohnung oft zu unrecht haben. Auch große Teile der Wirtschaftsgebäulichkeiten befinden sich in einem trostlosen Zustand und sind fast durchweg unzureichend.

Die Kristallglasindustrie, in den Gebirgsorten der Kreise Glatz und Habelschwerdt heimisch, ist ständigen Krisen unterworfen. 3000 Arbeiter und die Gewerbetreibenden der Orte Altheide, Rückers, Harkau, Goldbach, Reinerz, Schreckendorf—Seitenberg, sowie des Erlitztales sind in ihrer Existenz von dieser Industrie vollständig abhängig. Auch für das Geschäftsleben der Stadt Glatz bedeutet der Fortbestand dieses Industriezweiges eine Lebensfrage. Die Industrie ist mit ihrem Absatz auf den Weltmarkt angewiesen, da nur etwa ¼ ihrer Produktion auf dem Innenmarkt abgesetzt werden kann. Dieser Industriezweig ist deshalb für das deutsche Wirtschaftsleben von großer Bedeutung, weil er hochwertige Waren herstellt, ohne ausländische Rohstoffe zu verwenden. Seine Erhaltung ist deshalb nicht nur im Interesse des Wirtschaftslebens der Grafschaft Glatz, sondern auch im Interesse des deutschen Exports dringend geboten. So wie die Verhältnisse dieses Industriezweiges sich in der letzten Zeit gestaltet haben, besteht die allergrößte Befürchtung, daß er vollkommen zum Erliegen kommt. Die Folgen wären verarmte Gebirgstäler, die jetzt durch diese Industrie immerhin noch einen gewissen Wohlstand aufweisen.

Das Wirtschaftsleben der Stadt Habelschwerdt hängt fast ausschließlich von der Erhaltung der Zündholzindustrie, der Holzwarenindustrie und der Sägewerke in den Gebirgstälern ab. Nur mit größter Mühe ist es gelungen, kümmerliche Reste der Zündholzindustrie der Stadt Habelschwerdt zu erhalten. Die zwei jetzt noch vorhandenen Betriebe, die nur in der Lage sind, ihre halbe Produktionskapazität auszunutzen, beschäftigen etwa 250 Arbeiter, gegenüber etwa 600 in früherer Zeit. Da sie jetzt die notwendigen Zündholzschachteln selbst herstellen, sind die Zündholzschachtelfabriken in Habelschwerdt, Langenau, Ebersdorf und Lichtenwalde in große Bedrängnis geraten. Einige von diesen Betrieben konnten sich noch rechtzeitig auf die Herstellung anderer Holzwaren umstellen, indem sie Käse- und Apothekerschachteln, Korbwaren, Schuhgelenke und andere Waren herstellen. Diese Umstellung war nur möglich, weil beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, namentlich aber die letzteren, die allergrößten Opfer bis jetzt brachten. Die Arbeiterschaft bekommt auch heute noch einen Lohn gezahlt, der in keinem Verhältnis zu den Lebenskosten steht. Der Vollarbeiter erhält einen Stundenlohn von 47 Pfg. und die Vollarbeiterin einen solchen von 31 Pfg. Die Zahl der in den Schachtelfabriken zurzeit beschäftigten Arbeiter beträgt etwa 700, gegenüber 1000 in früherer Zeit. Außerdem wurden etwa 1500 Heimarbeiter beschäftigt, die in den Gebirgsdörfern ihren Wohnsitz hatten und für die Schachtelfabriken zu Hause arbeiteten. Diesen Heimarbeitern ist der Erwerb vollständig genommen worden.

Aeußerst schwierig gestaltet sich der Absatz der neuen Erzeugnisse der Schachtelfabriken. In Schlesien selbst ist kein nennenswerter Absatz möglich. Als Absatzgebiete kommen Ostpreußen, Holstein, der Allgäu, Thüringen, die Pfalz und zum Teil Berlin in Frage. Die Frachten verschlingen einen großen Teil des Erlöses aus der Ware.

Die Sägewerke sind in der letzten Zeit ebenfalls nicht mehr vollständig beschäftigt. Einige von diesen, darunter das größte Werk in Mittelsteine mit 17 Gattern und etwa 400 Arbeitern, sind vollständig stillgelegt worden. Die Glatzer Fichte ist in ganz Deutschland als hochwertig bekannt. Durch den Windbruch in den Jahren 1921/22, sowie infolge der großen Vernichtung der Holzbestände durch den Käferfraß ist ein großer Holzmangel eingetreten. Hinzu kommt, daß der preußische Staat, der größte Waldbesitzer, die geringen Holzmengen, die zum Verkauf kommen, unter Anwendung eines vollkommen ungesunden Sub-

missionswesens verkauft, wobei jede Rücksichtnahme auf die einheimischen Sägewerke unterbleibt. Auswärtige Holzhändler kaufen das Rundholz, lassen es abtransportieren und nehmen den einheimischen Sägewerken und den Arbeitern der Gebirgsdörfer ihre einzige Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Die Verwendung und der Ankauf von Rundholz aus anderen Gebieten, z. B. aus Oberschlesien, scheitert an den hohen Frachtsätzen.

Die Holzstoffindustrie, die durch die Wasserkraft der Gebirgsflüsse betrieben wurde, ist von Jahr zu Jahr immer mehr zurückgegangen. Die Zellulosefabriken haben ihr die Absatzgebiete zum größten Teil abgenommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist von 250 auf 28 zurückgegangen. Der größte Teil der Holzschleifereien ist eingegangen. Wenn es sich auch nur um Zwergbetriebe handelt, so ist doch den dort beschäftigten Arbeitern die einzige Möglichkeit genommen worden.

Die Textilindustrie, vor allem die Flachsgarnindustrie, ist gleichfalls stark zurückgegangen. Die Zahl der in den Flachsgarnspinnereien beschäftigten Arbeiter ist von 800 auf 150 zurückgegangen. Die Ursache für diese Entwicklung liegt in der Frachtmehrbelastung gegenüber den Konkurrenzgebieten, besonders Sachsens. Trotz wesentlich niedrigerer Löhne, teilweise sogar bis zu 25 Prozent, ist die Existenz der Grafschafter Textilindustrie ständig gefährdet. Die Produktionskosten werden durch die Frachtvorbelastung für Rohstoffeinfuhr und Fertigfabrikatabfuhr verteuert.

Das Geschäftsleben der Stadt Glatz hat durch den Verlust seiner früheren starken Garnison und der Festungsverwaltung sehr gelitten. Eine ganze Anzahl Arbeiter, die in den Depots und bei der Festungsfortifikation beschäftigt wurden, haben ihre Arbeitsstelle verloren. Die Schuh- und Lederindustrie war der größte Industriezweig in der Stadt Glatz. Diese Industrie ist fast vollständig eingegangen. Von 250 Arbeitern ist sie auf 30 Arbeiter, die noch dazu sehr unregelmäßig beschäftigt werden, zurückgegangen. Die Gewerbetreibenden haben sehr hohe steuerliche Belastungen zu tragen. Die Gewerbeertragssteuer beträgt 460 Prozent, die Gewerbekapitalsteuer 1200 Prozent. Von weiteren Belastungen, die zur Verstärkung des Wohlfahrtsetats unbedingt notwendig wären, mußte mit Rücksicht auf die sehr gedrückte Wirtschaftslage der Gewerbetreibenden Abstand genommen werden.

Die Naturschönheiten der Grafschaft Glatz brachten in der Vorkriegszeit einen großen Fremdenzustrom. Die Bäder Altheide, Reinerz, Kudowa, Landeck und Langenau waren stets vollbesetzt. Es kam zahlungsfähiges Publikum aus den Provinzen Posen, Westpreußen, dem abgetrennten Teil Oberschlesiens, sowie aus Rußland und Oesterreich in die Bäder der Grafschaft. Auch die Orte, die für kürzere Zeit Erholungsuchende aufnehmen, wie Wölfelsgrund, Wölfelsdorf u. a., waren stets gut besetzt. Die Fremdenindustrie hatte gute Beschäftigung. Die Zahl des in den Bädern beschäftigten Bedienungspersonals war ziemlich groß. Durch den ungünstigen Ausgang des Krieges ist das frühere Publikum fast vollständig den Bädern der Grafschaft verloren gegangen. Aus anderen Gegenden kommen nur sehr wenig Gäste in unsere Bäder. Da entsprechende Mittel für eine großzügige Reklame den Bädern fehlen, sind sie nicht genügend bekannt. Erfreulicherweise hat die Sozialversicherung, besonders die Angestelltenversicherung und einige Krankenkassen, in den letzten Jahren die Bäder der Grafschaft bei der Unterbringung von erholungsbedürftigen Mitgliedern besonders berücksichtigt. Der Ausfall, der durch das Ausbleiben des früheren Badepublikums entstanden ist, wird trotzdem bei weitem nicht ausgeglichen.

Wie ungünstig die Wirtschaftslage der Grafschaft Glatz ist, zeigen am deutlichsten die Arbeitslosenziffern. Von den knapp 30 000 in Frage kommenden Arbeitern waren am 16. Januar 1929 7568 als arbeitslos gemeldet, davon 6415 Unterstützte. Die Arbeitslosenziffern sind aber noch wesentlich höher, da die nichtunterstützten Arbeitslosen, besonders die aus den Gebirgsdörfern, sich bei den Kontrollstellen des Arbeitsamtes Glatz nicht oder nur vereinzelt melden. Die wirkliche Arbeitslosenziffer wird 8500—9000, das sind 30 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter betragen. Wie sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr verschlechtert haben, zeigen folgende Zahlen:

Ende 1926 waren arbeitslos gemeldet:

Im Kreise Glatz	1576
Im Kreise Habelschwerdt	1224
Im Kreise Neurode	542
zusammen	3342

Ende 1927 betrugen die Zahlen:

Im Kreise Glatz	2202
Im Kreise Habelschwerdt	1351
Im Kreise Neurode	1043
zusammen	4596

Ende 1928 dagegen:

Im Kreise Glatz	2577
Im Kreise Habelschwerdt	2335
Im Kreise Neurode	1475
zusammen	6387

Die Zahlen beweisen am deutlichsten, wie groß der Rückgang der Beschäftigungsgelegenheit ist. Daß es sich nicht allein um saisonmäßige Arbeitslosigkeit handelt, geht daraus hervor, daß die Arbeitslosenziffern in den Sommermonaten auch sehr hoch waren. Dieselben betrugen durchschnittlich über 2000.

Im Vorstehenden haben wir ohne jede Uebertreibung einen Teil der Notlage geschildert. Als geeignete Hilfsmaßnahmen seitens des Reiches und preußischen Staates schlagen wir folgendes vor:

1. Für die Landwirtschaft langfristige Kredite zu niedrigen Zinssätzen und günstigen Rückzahlungsbedingungen, für die Umstellung auf Grünlandwirtschaft, Errichtung eines Musterweidegutes, damit Lehrkurse für die Landwirte abgehalten werden können. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Förderung der Genossenschaften und zum Bau von Landarbeiterwohnungen, möglichst für Eigenheime.
   Solange für die einheimischen Forstarbeiter keine, oder keine volle Beschäftigungsmöglichkeit besteht, die Beschäftigung von Grenzläufern vollständig zu verbieten.
2. Bereitstellung von Mitteln für den Neuroder Kohlenbergbau zur technischen Vervollkommnung und Bau von Betriebsanlagen für chemische Verwertung und Verflüssigung der Kohlen. Bau der schon seit langer Zeit geplanten Eisenbahnverbindung nach Gnadenfrei, zur Abkürzung des Transportweges. Stärkere Förderung des Baues von Wohnungen für die Bergarbeiter.
3. Bessere Berücksichtigung der Kristallglasindustrie bei Handelsvertragsabschlüssen. Ihre Preisgabe und mangelnde Berücksichtigung anderen Wirtschaftszweigen zuliebe, muß unter allen Umständen unterbleiben. Einbeziehung des Stückgutes in den Ausnahmetarif 160a zur Ausfuhr über die trockene Grenze. Verbilligten Frachttarif für Sand.
4. Unter Berücksichtigung der weiten Entfernung von den Absatzgebieten ist der Schachtelindustrie ein Vorzugstarif für die Frachten einzuräumen. Das Stückgut ist ebenfalls in den Ausnahmetarif einzubeziehen.
5. Solange die Folgen des Windbruches und des Käferfraßes nicht beseitigt sind, ist der Sägewerksindustrie ein Vorzugstarif für Rundholzzufuhr nach der Grafschaft zu gewähren. Der Holzverkauf seitens der staatlichen Forstverwaltungen ist in erster Linie an die einheimischen Sägewerke zu festgesetzten erträglichen Preisen unter Ausschluß der Submission vorzunehmen.
6. Regulierung der Gebirgsflüsse, damit die Schäden, die fast alljährlich durch Ueberschwemmung entstehen, nach Möglichkeit vermieden werden. Die auf die Wasserkraft angewiesene Kleinindustrie ist an dieser Regulierung stark interessiert.
7. Zur stärkeren Förderung der Fremdenindustrie sind den Bädern, wie dieses seit Jahren für die westdeutschen Bäder geschieht, entsprechende Mittel für Werbezwecke zur Verfügung zu stellen. Aus eigener Kraft sind die Grafschafter Bäder nicht in der Lage, sich so bekannt zu machen, als dieses die westdeutschen Bäder tun können. Bessere Eisenbahnverbindung namentlich mit Berlin durch Einrichtung einer Schnellzugsverbindung von Berlin-Stadtbahn über Breslau nach Kudowa.
8. Bereitstellung von größeren Mitteln, als es seither geschehen ist, für den Wohnungsbau, damit die fast unerträgliche Wohnungsnot gemildert wird. Die für die arbeitende Bevölkerung jetzt fast ausschließlich zur Verfügung stehenden Kleinstwohnungen von einem Zimmer, müssen ebenfalls mit der Zeit aus Gründen der Gesundheitsschädigung verschwinden.
9. Die Wirtschaftslage des gewerblichen Mittelstandes — Handwerker sowie Kaufleute — hängt von einer allgemeinen Besserung des Wirtschaftslebens der Grafschaft ab. Wir verweisen auf die seit Jahren von der niederschlesischen Handwerks- und Handelskammer, besonders für die Grenzorte geforderten Hilfsmaßnahmen und bitten diese beschleunigt durchzuführen. Bei Vergebung von Staatsaufträgen bitten wir, das Handwerk der Grafschaft mit Rücksicht auf seine schlechte Wirtschaftslage besonders zu bevorzugen.
10. Zuschüsse zu dem Wohlfahrtsetat der Kreise, sowie der Städte Glatz, Neurode und Habelschwerdt, zur Linderung der Not der nicht unterstützten bzw. bereits ausgesteuerten Arbeitslosen, sowie sonstiger bedürftiger Personen. Besonders groß ist das Elend in den Ortschaften des Erlitztales, wo die Hausweber, Heimarbeiter der Schachtelindustrie und Forstarbeiter

wohnen, da diese seit Jahren gar keine oder nur sehr geringe Verdienstmöglichkeiten haben. Die Kreise und Städte sind nicht in der Lage, die notwendigen Mittel für diese Zwecke zu beschaffen. Die Wirtschaftslage der Bevölkerung gestattet weitere steuerliche Belastungen für diese Zwecke nicht mehr.

Wir fordern keine Besserstellung bzw. Bevorzugung anderen Landesteilen gegenüber, sondern nur eine Gleichstellung mit diesen. Die aufgezeigten Hilfsmaßnahmen bitten wir beschleunigt in Angriff nehmen zu wollen, damit wenigstens ein Teil unserer Not gelindert wird. Wir brauchen wohl nicht besonders zu versichern, daß wir uns mit unseren deutschen Volksgenossen aufs engste verbunden fühlen und trotz aller Versprechungen und Lockungen des Staatswesens, in dessen Gebiet unser Land weit hineinragt, treu zum deutschen Vaterlande halten.

Glatz, den 18. Januar 1929.

Obige Denkschrift wurde sämtlichen Regierungsstellen, Ministerien, den Fraktionen aller Parteien usw. zugestellt. Im Anschluß daran fanden in folgenden Orten Volksversammlungen statt, zu denen alle Volksschichten eingeladen wurden: in Glatz, Habelschwerdt, Mittelwalde, Landeck, Kudowa, Reinerz, Rückers, Altheide, Schreckendorf, Rengersdorf, Ullersdorf, Bad Langenau, Ebersdorf, Kr. Habelschwerdt, Neurode, Hausdorf, Ludwigsdorf, Lewin und Voigsdorf. Der Besuch der Versammlungen war stellenweise ein sehr guter und allgemein herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Verhältnisse in der Grafschaft Glatz nicht mehr so weiter gehen können. Die Presse, auch im übrigen Schlesien, sowie zum Teil auch im Reiche, nahm Kenntnis von unseren Forderungen, indem sie eingehend darüber berichtete. Politische Auseinandersetzungen fanden nur vereinzelt statt. Den Gegnern namentlich von kommunistischer und deutsch-völkischer Seite konnte erwidert werden, daß auch ihre Abgeordneten aufgefordert wurden, uns zu helfen. Zustimmungszuschriften sind von den verschiedensten Seiten zugegangen und Nachbestellungen der Denkschrift sind in größerem Umfange erfolgt.

Die Steinindustrie des Heuscheuergebietes wurde in der Denkschrift nicht erfaßt, weil geeignete Unterlagen über die Verhältnisse in der Vorkriegszeit leider nicht zu beschaffen waren. Nachdem dieses nachträglich erfolgte, wurde ebenfalls zu der Lage dieses Industriezweiges, der in der Vorkriegszeit bis 1000 hochqualifizierte Facharbeiter beschäftigte und in den letzten Jahren unter 100 nur zeitweise beschäftigte Arbeiter zurückging, in der Oeffentlichkeit Stellung genommen. So weit wir unterrichtet sind, haben bereits einige Parteien Anfragen an die Preußische sowie an die Reichsregierung gerichtet. Es wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um die Notlage der Bevölkerung der Grafschaft Glatz zu beheben. Das von uns in der Denkschrift angeführte Material wird den Anfragen zugrunde gelegt. Unsere Mitglieder in der Grafschaft Glatz werden auch in der Zukunft auf dem Posten sein, damit die Notaktion nicht erfolglos bleibt.

Mietskaserne - Eigenheim - Erwerbsheim.

„Stadtluft macht frei", durfte es früher einmal heißen. Wer indessen heute im Bannkreise einer großen Stadt lebt, spürt aufs deutlichste, daß dieses ursprüngliche Losungswort seine Geltung verloren hat und daß die vermeintliche Freiheit im Fluß der Jahre zur drückendsten Unfreiheit geworden ist. Der Großstadtmensch, der in rastlos tüchtiger Betätigung lebt, muß aus guten Gründen glauben, daß sein Leben in eine verhängnisvolle Sackgasse geraten ist; denn er weiß, sofern er zu überlegen und vergleichen gewohnt ist, daß in Deutschland von 10 Menschen neun kein eigenes Heim haben und samt ihrer Familie einem Schicksal hörig geworden sind, das sie zwischen die düsteren, zerbröckelten Mauern steiler Mietskasernen pferchte.

Die Mietskaserne mit ihren sonnenlosen Höfen und lichtarmen Schächten hat die Mehrzahl aller deutschen Menschen zu ihren Opfern gemacht. Während in England und Amerika ein praktischer Wille seinen Anspruch auf ein Stück eigener Erde und auf eine eigene Heimstatt in viel weiteren Volksschichten durchzusetzen wußte, ist in Deutschland die Wohnnot in erschreckenden Ausmaßen gestiegen; und erst jetzt setzt eine energische Bemühung ein, die auf Grund einer verständigen Besinnung die unhaltbaren traurigen Verhältnisse beseitigen will. Erst jetzt wird in bedeutenderem Maß ein Gedanke fruchtbar, der im Auslande bereits seine Erfolge gezeitigt hat, weil er die Raumnot mit der zuverlässigen Hilfe bricht: mit der Hilfe aus eigener Kraft.

In England und in seinen Kolonien, in Australien und in Südamerika hat sich — wie die Statistik mit überraschenden Zahlen beweist — das System der Bauspar-Organisation bewährt, die eine Gruppe zweckbewußter Menschen zusammenfassen und den zusammengeschlossenen Kräften ein Ziel zugänglich machen, das die einzelne Kraft aus leicht ersichtlichen Gründen nie erreichen kann. Diese Bauspar-Organisationen sind jenem einfachen rechnerischen Grundsatz gefolgt, der jedem Wirtschafter und Mathematiker geläufig ist: „Viele Wenig machen ein Viel"; und ein im geschlossenen Produktionskreise aus eigener Kraft laufendes, durch Zinsansammlung sich häufendes Geld wird zu einer erstaunlichen Macht, die leicht ihre Vorsätze und Absichten durchführen kann.

Gleichwohl hat das Bausparsystem — so klar und offensichtlich seine Vorteile auf der Hand liegen — in Deutschland noch nicht die weiten Volksschichten erfassen können, die sich heute nach dem dauernden Besitz einer Eigenheimstatt sehnen, die ihnen ein sorgenfreies freundliches Alter sichert. Ein mehr als begreifliches Bedenken hat bisher den Sparer abgeschreckt, diesen natürlichsten, schnellsten und zugleich sichersten Weg zum eigenen Heim zu gehen. Er sah, wenn er überlegte, daß sein Sparvorhaben nur dann sinnvoll sein könnte, wenn seine Absicht durch eine schützende Versicherung vor allen Zufällen und Ungewißheiten des Lebens geschirmt wäre. Mit einem Wort, der Sparer vermißte bisher den notwendigen und eigentlichen Rückhalt.

Eine Verbindung von Zwecksparen und Lebensversicherung pflegt die Organisation der Deutschland Bauspar-Aktiengesellschaft für Stadt und Land, Berlin W 8, Pariserplatz 3 oder Landesgeschäftsstelle Schlesien, Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 11. Sie zeigt damit jedem den Weg, sich in bestimmt vorauszusehender Zeit den Dauerbesitz eines Landhauses oder einer Wohnung im Gemeinschaftsbau zu sichern. Eine Broschüre, die den Organisationsplan und die darauf gegründeten vorteilhaften Bedingungen aufs genaueste erklärt, wird auf Wunsch den Interessierten kostenfrei zugeschickt.

Konfliktsgefahren in der Zementindustrie.

Seit Jahren erstreben die organisierten Zementarbeiter anständige und einheitliche Arbeitsbedingungen. Gegen beides wehren sich die Zementindustriellen mit Händen und Füßen. Noch heute muß die Tatsache verzeichnet werden, daß wöchentlich 72 bis 84 Stunden und z. T. darüber gearbeitet wird. Solche Zustände möchten die Unternehmer verewigen. Die Werksbesitzer wollen Herr im Hause sein.

Trotzdem die Zementindustrie überaus stark kartelliert und syndiziert ist, trotzdem diese Industrie sehr gut beschäftigt ist und in den letzten Jahren erhebliche Gewinne gemacht hat, will sie der Arbeiterschaft in keiner Weise entgegenkommen. Im Gegenteil, die Zementindustrie wendet große Mittel auf, um die Arbeiter rechtlos zu machen. Die Organisationen sollen vernichtet werden und zu diesem Zweck gründet die Zementindustrie überall Werksvereine, die naturgemäß hohe Kosten verursachen.

Durch solche Maßnahmen hofft man, Tarifverträge überhaupt nicht mehr abschließen zu brauchen und die Arbeiterschaft als Freiwild zu betrachten. Dazu kommt, daß die Zementindustriellen untereinander so stark verbunden sind, daß nicht nur der Preis und die Produktion von einer Stelle, dem Deutschen Zementbund geregelt wird, sondern daß diese Stelle auch bestimmt, welche Werke arbeiten können und sollen und weitere Bestimmungen getroffen sind, daß jedes Werk verpflichtet ist, die Produktion anderer Werke mit zu übernehmen.

Durch derartige Bestimmungen ist die Zementarbeiterschaft unter den jetzigen Tarifverhältnissen dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade völlig ausgeliefert. Die Unternehmer haben es in der Hand, in jenen Betrieben oder Bezirken, wo sich die Arbeiterschaft nicht alles gefallen lassen will, die Produktion nach einem anderen Werk oder Bezirk zu verlegen und somit die Arbeiterschaft brotlos und damit gefügig zu machen.

Diese Zustände glaubt die Zementarbeiterschaft nicht länger ertragen zu können und hat die bestehenden Orts- und Bezirksverträge gekündigt, um zu einem einheitlichen Tarifvertrag zu kommen. Bei Verhandlungen hierüber soll auch die Arbeiterschaft beachtet werden.

Bisher lehnt die Zementindustrie jegliches Verhandeln auf einheitlicher Grundlage ab und will der Deutsche Zementbund zu solchen Verhandlungen angeblich nicht legitimiert sein; auch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums wird abgelehnt.

Um jedoch den Frieden in der Zementindustrie aufrecht zu erhalten, haben die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen der Zementindustrie folgenden Vorschlag unterbreitet:

1. Sämtliche zur Zeit schwebenden Tarifstreitigkeiten der Zementindustrie werden im neutralen Schiedsgerichtsverfahren erledigt.

2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Schiedsrichtern zusammen. Den Vorsitzenden ernennt der Reichsarbeitsminister, die beiden Parteien je einen Beisitzer.

3. Die Verhandlungskommission besteht aus je 5 Vertretern. Für den einzelnen Fall ist es den Parteien überlassen, einen dieser Vertreter auszuwechseln.

4. Mißlingt der Versuch des Schiedsgerichtes, eine Einigung herbeizuführen, so fällt das Schiedsgericht einen Spruch. Ist dieser Spruch einstimmig, gilt er für beide Parteien als verbindlich. Ist der Spruch mit Mehrheit zustande gekommen, entscheiden die Parteien innerhalb 24 Stunden über Annahme oder Ablehnung des Spruches. Auf Antrag der annehmenden Partei entscheidet die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeit des Spruches. Der Antrag auf Verbindlichkeit muß innerhalb drei Tagen gestellt sein.

Mit diesen Vorschlägen glaubt die organisierte Zementarbeiterschaft zu bekunden, daß sie den ernsthaften Willen hat, in schiedlich-friedlicher Weise die drohenden Konfliktsgefahren zu beheben.

Da innerhalb einer Woche die Unternehmer entscheiden sollen, ob sie bereit sind, den vorgeschlagenen Weg zu betreten, wird die Stellungnahme der Zementindustrie abzuwarten sein.

Sie haben es sehr eilig!

Der Arbeitgeberverband der rübenverarbeitenden Zuckerfabriken in Schlesien kann es nicht erwarten, bis der Tarifvertrag von uns gekündigt wird oder der Zeitpunkt zu der Kündigung kommt. Er sandte folgendes Schreiben an uns:

> Der Ablauf unseres Tarifvertrages mit dem 30. April dieses Jahres veranlaßt uns zu der Anfrage, ob Sie bereit sind, in eine Verlängerung dieses Vertrages auf zwei weitere Jahre — also bis 30. April 1931 — unter gleichen Bedingungen wie bisher einzugehen. Diese Frage findet ihren Grund darin, daß wir durch die Verhältnisse gezwungen sind, mit allen Mitteln eine stabile Wirtschaftsgrundlage für unsere Industrie herzustellen.
>
> Falls Sie sich nicht bereit finden können, auf diesen Vorschlag einzugehen, kündigen wir hiermit das zwischen uns bestehende Lohnabkommen zum 30. April dieses Jahres.
>
> Ihrer gefl. Rückäußerung gern entgegensehend
>
> zeichnen wir hochachtungsvoll

Aus diesem Schreiben geht hervor, was der Arbeitgeberverband will. Also für zwei Jahre sollen wir uns binden, die alten Löhne weiter in Kauf zu nehmen und falls wir dieses nicht wollen, so wird uns der jetzige Lohntarif schon jetzt zum Ablauf am 30. April gekündigt. Gerade die Zuckerindustrie, die in den letzten Jahren sehr stark rationalisiert hat und die Zahl der Arbeiter von Jahr zu Jahr verringert, verlangt trotz dieser Rationalisierung, daß sie zwei Jahre lang Ruhe in der Lohnfrage bekommt, um in diesen zwei Jahren weiter rationalisieren und die Arbeiter übrig machen zu können. Gerade das Beispiel Maltsch, wo im Verlauf von acht Jahren die Zahl der Stammarbeiter auf ein Drittel herabgedrückt wurde, zeigt uns, wie die Entwickelung in der Zuckerindustrie vor sich geht. Niedrige Löhne, die für zwei Jahre unverändert bleiben sollen und Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft, das ist das Bestreben. Ein Kollege aus der Zuckerfabrik Maltsch schreibt uns dieser Tage, daß es noch so weit kommen wird, daß einige technische Beamte, der Direktor und der Betriebsleiter, den ganzen Betrieb ohne Arbeiter in Gang halten werden. Die Maschinen machen alles und die Arbeiter können von draußen zusehen, wie der Betrieb läuft.

Mit Rücksicht auf diese Entwicklung werden wir der Forderung des Arbeitgeberverbandes nicht beitreten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach dem 30. April sich dasselbe ereignen wird, was 1926 der Fall war. Damals bauten die Arbeitgeber die Löhne bis zu 11 Pfg. die Stunde ab, und mußten erst durch Verbindlichkeitserklärung seitens des Schlichters gezwungen werden, die bereits einbehaltenen Lohnkürzungen wieder zurückzuzahlen. Die Zuckerarbeiter Schlesiens handeln deshalb in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sofort dafür sorgen, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird. Die Verbandsmitglieder werden aufgefordert, sofort die Aufklärungsarbeit unter den Unorganisierten vorzunehmen, damit die Pläne des Arbeitgeberverbandes nicht verwirklicht werden.

Rechtsschutz im Zentralverband christl. Fabrik- und Transportarbeiter und seiner Berufsverbände.

Das Jahr 1928 hat wieder gezeigt, welch starke Rechtsschutztätigkeit der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands und seine Berufsverbände auf Grund der veränderten, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse entfalten mußte. Hingewiesen sei auf die vielen Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage. Dann folgen die Rechtsschutzfälle, die wegen der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung anhängig gemacht wurden. Viel in Anspruch genommen wurden die Verbandsbeamten auch in Steuersachen. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich in den ländlichen Bezirken, wo die Arbeiter ein Häuschen und etwas Land haben und mit den Finanzämtern nicht zurechtkommen. Die sozialen Gesetze haben in den letzten Jahren oft eine Aenderung erfahren, so daß sich die Mitglieder allein nicht zurechtfinden. Daher auch die hohe Zahl der Auskünfte, Schriftsätze und Termine. Bezüglich der Kriegs- und Besatzungsschäden waren noch verschiedene Prozesse zu erledigen, wo es sich zum Teil um wesentliche Summen handelte. Doch lassen wir die Statistik selbst sprechen. Wie sich die Rechtsschutzfälle auf die einzelnen Zweige verteilen, ergibt sich aus folgender Tabelle:

Art der Tätigkeit	Auskünfte	Schriftsätze	Termine
Arbeitsvertrag	10 031	5 264	2 254
Betriebsrätewesen	4 895	1 506	335
Krankenversicherung	2 737	1 145	223
Unfallversicherung	2 849	1 262	518
Invalidenversicherung	2 355	1 089	303
Knappschaftsversicherung	405	80	34
Angestelltenversicherung	68	23	1
Militärversorgung	350	189	47
Kriegs- und Besatzungsschäden	123	82	5
Erwerbslosenversicherung	9 944	3 588	715
Fürsorgepflichtverordnung	1 477	837	159
Steuersachen	5 174	3 183	365
Mietstreitigkeiten	1 812	675	192
Zivilprozeß	1 219	613	175
Sonstiges	3 141	2 476	290
	46 580	22 012	5 616

Einen Gesamtüberblick über die Rechtsschutztätigkeit in den letzten vier Jahren ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

Jahr	Auskünfte	Schriftsätze	Termine	Barerfolg
1925	25 455	12 593	2779	143 981,11
1926	28 768	14 766	3 368	194 882,89
1927	38 097	16 816	3 508	314 921,—
1928	46 580	22 012	5 616	459 006,06
Insgesamt	138 900	66 187	15 271	1 112 791,06 Mk.

Die statistischen Uebersichten liefern den Beweis, daß der Verband auf dem Gebiete des Rechtsschutzes Großes geleistet hat. Hätten alle Rechtsschutzfälle registriert werden können, dann wären die Ergebnisse noch günstiger. Selbst über den Kreis der Mitglieder hinaus, ist die Rechtsschutztätigkeit des Verbandes von Bedeutung geworden. Denn Arme und Hilfsbedürftige wurden nicht abgewiesen, wenn sie sich Hilfe und Rat suchend an die Verbandsbüros wandten. Wenn man andererseits beobachtet, wie die Unorganisierten ohne Rat und Hilfe dastehen und ihnen Tausende von Mark im Laufe des Jahres verloren gehen, dann kann man in Verbindung mit den obigen Ergebnissen ermessen, welche Bedeutung der gewerkschaftliche Rechtsschutz für die arbeitende Bevölkerung hat.

Weitere Steigerung der Arbeitslosenziffer in Schlesien.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes für die Woche vom 7. bis 13. 2. betrug die Arbeitslosenziffer in der Provinz Niederschlesien 147 635 männliche, und 42 032 weibliche, insgesamt 189 667, in der Provinz Oberschlesien 73 549 männliche und 24 767 weibliche, insgesamt 98 316. In beiden Provinzen waren demnach 221 184 männliche und 66 799 weibliche, insgesamt 287 983 Arbeitsuchende gemeldet. Unter die Sonderfürsorge (sozialpolitische Tat Wissels) fielen in beiden Provinzen 91 844 oder rund 40 Prozent der Gesamtunterstützten. Am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind die Bezirke der Arbeitsämter: Breslau mit 58 819, Oppeln mit 27 611, Neustadt mit 16 309, Görlitz mit 15 328, Liegnitz mit 10 997, Kreuzburg mit 13 761, Jauer mit 8 795, Waldenburg mit 12 290, Brieg mit 9 122, Glatz mit 8 212, Ratibor mit 14 795. Am günstigsten liegen noch die Verhältnisse im Bereich der Arbeitsämter: Bunzlau mit 3080, Glogau mit 5739, Hirschberg mit 5691, Schweidnitz mit 4291, Sagan mit 4183, Trebnitz mit 4798, Steinau mit 4562, Beuthen mit 5078, Hindenburg mit 5816, Neisse mit 5641, Reichenbach mit 5621.

Berücksichtigt muß jedoch dabei werden, daß es sich mit Ausnahme von Hirschberg, Hindenburg, Beuthen und Reichenbach um fast durchweg landwirtschaftliche Gebiete handelt, so daß auch die gesamten Arbeitslosenziffern, unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse sehr hoch sind. Gegenüber dem Reiche stehen wir in Schlesien mit unserer Arbeitslosenziffer am schlechtesten da. Gegenüber einer Reihe von Bezirken haben wir bis zu 50 Prozent mehr Arbeitslose wie diese. Hoffentlich bringt die wärmere

Witterung einen Rückgang in der Arbeitslosenziffer. Nach den Berichten ist der Stand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nicht gerade günstig. Während im Jahre 1927 erst in der zweiten Dezemberhälfte auf den Notstock zurückgegriffen werden mußte, ist dieses im Jahre 1928 bereits im November notwendig gewesen. Es wird angenommen, daß durch die Bestimmungen über die berufsübliche Arbeitslosigkeit (sozialpolitische Tat) eine Entlastung der Reichsanstalt von ungefähr 70 Millionen Mark zu erwarten ist. Erwägungen wegen Erhöhung der Beiträge auf über 3 Prozent sind bereits im Gange und diesbezügliche Pressenotizen bereits erschienen.

Wie sollen die Arbeitsräume beschaffen sein?

Nach § 120a der Gewerbeordnung hat der Unternehmer den Betrieb so einzurichten, zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Im Laufe der Jahre haben sich bei den behördlichen Stellen in bezug auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume gewisse Grundsätze herausgebildet. Da diese Grundsätze ein allgemeines Interesse beanspruchen dürften, werden die wichtigsten hiervon nachstehend wiedergegeben.

1. Minimalhöhe für Werkstatträume:

   a) für solche gewöhnlicher Art, z. B. Konfektionswerkstätten, kleine Tischlereien, Schlossereien, Bäckereien usw. 3 Meter. In Räumen unter 3 Meter werden neue gewerbliche Betriebe nicht mehr zugelassen.

   b) Für solche mit Staub- und Rauchentwickelung: 3,5 Meter bis 4 Meter, eventl. noch mehr, für Schmieden stets 4 Meter.

   c) In Bautischlereien 100 Quadratmeter für 4 Maschinen, anderenfalls Staubabsaugung; in Möbeltischlereien 75 Quadratmeter usw. 3 Maschinen: Bandsäge, Abrichtmaschine, Fräse (komb. mit Bohrmaschine).

2. Lage der Räume:

   Bei Neuanlagen oder Neueinrichtungen von Werkstätten werden über 1 Meter in den Erdboden eingesenkte Räume überhaupt nicht mehr zugelassen, vorhandene so tief gelegene Räume werden nur fristweise geduldet, z. B. bis Ablauf des Mietvertrages. In der Regel soll der Fußboden nicht tiefer als 0,5 Meter unter Terrain liegen. Ausnahmen bis 1 Meter werden nur selten gestattet und nur, wenn Luft- und Lichtgraben davor angelegt worden ist.

3. Beschaffenheit der Räume:

   a) Fußboden: In gewöhnlichen Werkstätten gehobelte Dielung; in solchen mit Feuerverwendung massiver Fußboden mit Asphalt- oder Zementstrich. Niemals wird Lehm- oder Schlackenstrich zugelassen.

   b) Wände: mindestens glatter Putz mit Kalkanstrich; in Bäckereien, Fleischereien usw. wird Oelfarbenanstrich oder Bekachelung empfohlen. In Druckereien ist Tapetenbekleidung unzulässig.

   c) Decken: müssen stets verschalt und verputzt sein bei einer Höhe des Raumes bis zu 5 Meter. Bei größeren wird von Verschalung Abstand genommen.

   d) Fenster: licht- und luftgebende Oeffnungen 1/6—1/10 der Raumgrundstücke. Oberes Drittes als Kippflügel von unten leicht zu bedienen, auszubilden; untere Fensterflügel müssen sich möglichst mit einem Griff öffnen lassen. Der Handgriff für den Verschluß darf nicht höher als 1,8 Meter vom Fußboden liegen.

   Oberlichte in Bäckereien sind unzulässig, da sie im Winter schwitzen, die Backwaren verschmutzen und dann immer verhängt werden, somit indirekt zur Verdunkelung der Werkstatt Anlaß geben. Senkrechte Fensterscheiben sind am zweckmäßigsten.

   Arbeitsplätze müssen tunlichst in unmittelbarer Nähe der Fenster liegen.

   e) Türen: sollen stets nach außen aufschlagen

   f) Treppen: Mindestbreite 1,25 Meter bei kleineren Betrieben, sonst 1,5 Meter. Bei feuergefährlichen Betrieben und langen Arbeitsräumen sind Notausgänge erforderlich; für Betriebe mit Frauenpersonal wird gefordert, daß die Notwege als gewöhnliche Treppen oder mindestens als Wendeltreppe angelegt werden. Notleitern (stets mit eisernen Podesten versehen) werden nur für männliche Arbeiterschaft zugelassen.

   g) Aborte: je 1 Sitz auf 20 Personen. Für jeden Betrieb muß eine besondere Klosettanlage vorhanden sein, außerdem ein (eventl. gemeinsames) Pissoir. Klosetts mit aufklappbarem Sitz an Stelle besonderer Pissoires werden nur für kleinere Anlagen zugelassen. In größeren Anlagen werden erfahrungsgemäß aufklappbare Sitze durch unachtsame Behandlung bald zerschlagen.

   Bei gemischtgeschlechtlichen Betrieben sind die Klosetts nach Geschlechtern zu trennen und mit besonderen Zugängen zu versehen. Nach Möglichkeit sind sie in der Nähe der Arbeitsräume anzulegen, z. B. auf Treppenabsätzen, wenn diese breit genug sind.

   h) Waschgelegenheiten: werden in allen Betrieben gefordert. Diese sind möglichst an Be- und Entwässerung anzuschließen, in der Regel eine auf 5—7 Personen; sie sind zweckmäßig innerhalb der Arbeitsräume anzulegen, in Klosettanlagen oder Ankleideräumen nur dann, wenn diese Heizung besitzen.

   i) Kleiderablagen: sind notwendig, wenn die Kleider gewechselt werden; dichtschließende Kleiderschränke, tunlichst Einzelkleiderschränke. Durchbrochene Einzelkleiderschränke empfehlen sich nur in staubfreien Räumen außerhalb der Arbeitsstätten.

4. Minimalluftraum: pro Kopf 10 Kubikmeter. In Bäckereien 15 Kubikmeter. Auf jeden Arbeiter mindestens 2,5 Quadratmeter Grundfläche.

5. Speiseräume: werden nur für größere Unternehmen gefordert. Tisch mit Sitzgelegenheiten, Heizung mit Speisewärmevorrichtung, Beleuchtung. Entlüftung ebenso wie für Arbeitsräume.

   Aufenthaltsraum pro Person 0,75 Quadratmeter.

Neuer Tarifvertrag für das Transport- und Verkehrsgewerbe Schlesien.

Nach langwierigen Verhandlungen unter Zuhilfenahme des Schlichters für Schlesien Herrn Oberpräsident z. D. Philipp und des Leiters des Statistischen Amtes in Breslau Herrn Dr. von Auer wurden die Tarifverträge — Mantel- sowie Lohntarif — für das schlesische Verkehrs- und Transportgewerbe neu abgeschlossen. Die Löhne erhöhen sich ab 1. März um 3 Prozent und ab 15. 4. um weitere 5 Prozent, also insgesamt um 8 Prozent. Das bisherige Ortsklassenverzeichnis wurde unter Mitwirkung des Herrn Dr. von Auer grundlegend verändert, und um eine Ortsklasse verringert. Auch der Manteltarif hat verschiedene Aenderungen erfahren, besonders in der Urlaubsfrage, sowie anderen wichtigen Fragen. Zur Beilegung von Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag wurde das Arbeitsgericht Breslau bestimmt. Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Gau Schlesien in Breslau, Teichstr. 24, ist bereit, an Interessenten Auskunft zu geben. Ebenso können die neuen Tarife von ihm angefordert werden.

„Gesprengte Fesseln"

so betitelt sich der Lehr- und Kulturfilm des Zentralverbandes christl. Fabrik- und Transportarbeiter und seiner Berufsverbände. Seine Aufführung erfolgt in Schlesien im Monat März. Am Sonntag, den 3. März nachmittags 2½ Uhr findet in Breslau im Festspielhaus Lehmdamm 28 eine Sonderaufführung für die Mitglieder der christl. Gewerkschaften statt. Eintrittskarte kostet 50 Pfg. und zwar einheitlich für alle Plätze. Eintrittskarten sind im Büro Teichstraße 24 II. Etg. zu haben.

Brieg, Bezirk Breslau.

Das Ortskartell der Brieger Christlichen Gewerkschaften hielt am Sonnabend seine Jahres-Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Wilde, gab einleitend eine Uebersicht über die gewerkschaftlichen Ereignisse des Jahres 1928 im allgemeinen. Er zeichnete die Stellung der Christlichen Gewerkschaften in den großen wirtschaftlichen Kämpfen des vergangenen Jahres und streifte die soziale Gesetzgebung. Auf die örtlichen Verhältnisse übergehend wies er nach, daß sich der Zusammenschluß der einzelnen Ortsgruppen im Ortskartell gegenüber allen Anfeindungen bewährt hat. Eine Vermehrung der Ortsgruppen konnte zwar nicht erfolgen, wohl aber hat sich der Mitgliederstand gehoben. Im Zusammenarbeiten mit den konfessionellen Vereinen erhofft man auch im neuen Jahre weitere Erfolge. Die Funktionäre sind in Fachkursen geschult worden. An manchen Arbeitsstätten haben die Mitglieder einen schweren Stand gegenüber der Uebermacht der sozialdemokratischen Gewerkschaftler; daß sie treu zu ihren Grundsätzen gehalten haben, ist besonders anzuerkennen. Der Vorsitzende dankte seinen Helfern für ihre Mitarbeit und bittet um gleich rege Betätigung im neuen Jahre. Aus dem vom Schriftführer Koll. Deliga erstatteten Geschäftsbericht war näheres über die Arbeit des Ortskartells zu ersehen. In ihm sind neun Einzelgruppen vertreten, deren Mitgliederzahl sich gegen das Vorjahr um über 200 vermehrt hat. Der Bericht erwähnt die Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung, die Wahlen zu verschiedenen Ausschüssen usw., in denen es gelang, Mitglieder durchzubringen. Kollege Thamm schilderte die Kassenverhältnisse, die überaus zufriedenstellend sind. Diesen Berichten der hauptsächlichsten Geschäftszweige im Vorstand schlossen sich die der Vertreter von Unterausschüssen an. So berichtete Koll. Pohl über die Schulungskurse für Betriebsräteangelegenheiten und Koll. Nagel über die Wahrnehmung der Interessen für Arbeitslose. In der sehr regen Aussprache wurden besonders Eindrücke aus einer Besprechung mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes in Breslau wiedergegeben. Aber auch örtliche Vorgänge kamen zur Erörterung. Hierbei erregte besondere Aufmerksamkeit der Fall des Vorsitzenden des Ortsausschusses der sozialdemokratischen Gewerkschaften, eines Metallarbeiters, der nach zweitägiger Erwerbslosigkeit schon eine Anstellung im hiesigen Arbeitsamt gefunden hatte. Evangel. Volkssekretär Förster gab nähere Aufschlüsse über die Erstattung von Lohnsteuern. Die Vorstandswahl ging sehr rasch vor sich, da der bisherige Vorstand unter dem Ausdruck der Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit einstimmig wiedergewählt wurde. Nachdem noch sechs Unterausschüsse besetzt worden waren, meist unter Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Neisse. Josef Mann †

Einen schweren Verlust hat unsere Verwaltungsstelle der Holzarbeiter erlitten. Am 7. Februar vormittag ging Josef Mann, einer von der „alten Garde" in ein besseres Jenseits. Ueber zwei Jahrzehnte hat er die Kassengeschäfte unserer Verwaltungsstelle mit peinlichster Gewissenhaftigkeit geführt. Erst kam der Verband dran und dann sein eigenes Ich. Während seiner langen Krankheit bis zum Tode, hat er noch die Kassengeschäfte geführt und sich um den Verband gekümmert. Die letzte Generalversammlung wählte ihn, trotz seiner Krankheit, nochmals einstimmig zum Kassierer. Seit 40 Jahren schaffte er bei der Fa. der Vereinigten Tischlermeister Neisse. Im Betriebe lag ihm seit vielen Jahren die Lehrlingsausbildung ob und diese erblickten in ihm einen väterlichen Freund und Berater. Als Prüfungsgeselle wirkte er seit 23 Jahren. Zwei Jahrzehnte lang war er Kartellkassierer und treuer Mitarbeiter im Kartell. Ebenso war er jahrelang als Vorstandsmitglied der Tischlerkrankenkasse und im Aufsichtsrat des Konsum-Vereins tätig. Auch wurde er in letzter Zeit zum Amtsarbeitsrichter berufen. Nicht zu vergessen ist sein Interesse für die Jugend. Er gab den Anstoß zur Gründung unserer Jugendgruppe. Mit welcher großen Gewissenhaftigkeit er alle seine Aemter versah und im Betriebe schaffte, geht aus den Traueranzeigen in der Presse hervor, in denen die Tischler-Zwangsinnung Neisse ihn als vorbildlich hinstellte und auf seine großen Verdienste, die er sich im Lehrlingswesen erworben hatte, hinweist. Seine Firma erkannte ihn als einen der wertvollsten Mitarbeiter an und rühmt seine vorbildliche Pflichttreue, sowie seinen ehrlichen, geraden Charakter.

Alle verlieren in ihm einen allzeit hilfsbereiten Kollegen und treuen Mitarbeiter. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten und rufen ihm seine Kollegen Ruhe in Frieden nach.

Besucht vollzählig die Versammlungen!

Versammlungskalender und Mitteilungen.

Kartell Breslau.

Freitag, den 1. März, abends 8 Uhr, Kolpingshaus, Kartell-Generalversammlung.

Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Vinzenzhaus, 5. Kursusabend. Kollege Daumann behandelt die R. V. O.

Freitag, den 22. März, 6. Kursusabend. Kollege Leuninger behandelt das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Fabrik-, Transport-, Glasarbeiter, Ziegler.

Königszelt: Freitag, den 8. März, nachm. 5 Uhr, „Deutscher Kaiser".

Nieder-Ullersdorf: Sonnabend, den 9. März, 10. Stiftungsfest bei Herrmann. Der neue Verbandsfilm wird aufgeführt.

Weißwasser: Aufführung unseres Verbandsfilmes am 12., 13., 14. und 17. März.

Breslau: Mittwoch, den 13. März, St. Vinzenzhaus.

Ohlau: Freitag, den 15. März, nachm. 5 Uhr (nach Feierabend) im „Jägerhof".

Deutsch-Lissa: Sonntag, den 17. März, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus „Gelber Löwe".

Lederarbeiter.

Breslau: Mittwoch, den 20. März, abends 8 Uhr, im Kolpingshaus, Teichstraße 24.

Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte.

Gaugeschäftsstelle für Schlesien, Ober- und Niederlausitz:
Breslau, Hummerei 38, pt.r.

Breslau: Jeden Dienstag nach dem Ersten im Monat, Vereinslokal, Restaurant „Zum Stadtgraben", Neue Gasse 29, nachts nach Geschäftsschluß. Die Versammlungen der Abteilungen: Geschäftsführer und Hotelbeamte, Köche, Hotel-Angestellte, Hotel-Portiers und Café-Kellner, werden durch Extra-Einladungen bekannt gegeben.

Bauarbeiter.

Breslau: Dienstag, den 12. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus Bininda, Garve-, Ecke Mauritiusstraße.

Holzarbeiter.

Lüben: Freitag, den 1. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus „Zum Rautenkranz". Vortrag vom Kollegen Walter-Breslau.

Bereitet

die Betriebsratwahlen überall gut vor. Begeht bei der Durchführung der Wahlen keine Formfehler. Richtet Euch streng nach den gesetzlichen Wahlvorschriften. Benutzt das Wahlmaterial, welches der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 25, herausgegeben hat. Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen irgendwie die Möglichkeit besteht, Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in den Betriebsrat gewählt und Vorschlagslisten eingereicht werden. Das Wahlergebnis ist sofort nach Beendigung der Wahl an den zuständigen Bezirksleiter unter Mitteilung der von den christlich. Gewerkschaften gewählten Betriebsratsmitglieder zu berichten.

Der Dritte Landesjugendtag

findet am Sonntag, den 18. August in Schweidnitz statt. Rüstet allerorts.

Jauer: Donnerstag, den 7. März, 19,30 Uhr, Monatsversammlung im Kath. Vereinshaus.

Oels: Freitag, den 8. März, 19.30 Uhr, Monatsversammlung im „Prinz von Preußen".

Schweidnitz: Sonnabend, den 9. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Kath. Vereinshaus.

Ratiborhammer: Sonntag, den 10. März, nachm. 14 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus Grzeganek.

Breslau: Dienstag, den 12. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Vinzenzhaus, Seminargasse.

Liegnitz: Freitag, den 15. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus „Zum Stern", Ritterstraße, Ecke Kohlmarkt.

Görlitz: Sonnabend, den 16. März, 19,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Kath. Vereinshaus, Emmerichstraße.

Striegau: Donnerstag, den 28. März, 19,30 Uhr, Monatsversammlung im „Braunen Hirsch", Ring.

Mittelwalde: Sonnabend, den 16. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Weißen Roß", Ring 32.

Metallarbeiter.

Breslau: Sonnabend, den 23. März, abends 8 Uhr, Versammlung bei Reichelt, Westendstraße 62. — Montag, den 18. März, abends 8 Uhr, Teichstraße 24, Zimmer 14, Jugendversammlung.

Görlitz: Sonnabend, den 9. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Kath. Vereinshaus.

Primkenau: Sonnabend, den 9. März, Familienabend mit Lichtbildervortrag bei Krüger.

Jauer: Sonnabend, den 16. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Kath. Vereinshaus. Vortrag vom Kollegen Hübner-Breslau.

Glatz: Sonntag, den 24. März, vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Kaiser.

Waldenburg-Altwasser: Donnerstag, den 28. März, abends 7,30 Uhr, Generalversammlung in Waldenburg, Kath. Vereinshaus.

Jugendkartell.

Am Sonnabend, den 13. April, abends 8 Uhr, findet im Kasino, Neue Gasse, unser vorgesehener **Elternabend** statt, zu dem alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen sind. Die Eltern werden gebeten, sich diesen Tag freizuhalten. Besondere Einladung ergeht noch.

Jeden dritten Montag im Monat, abends, im Kolpingshaus, Jugendführer-Abend. Die Jugendführer werden gebeten, zahlreich und restlos teilzunehmen.

Jeden vierten Montag im Monat, Jugend-Kartellversammlung im Kolpingshaus. Jeder Kollege und jede Kollegin wird gebeten, diesen Tag fürs ganze Jahr freizuhalten und am Kalender zu vermerken, denn besondere Einladungen ergehen nicht mehr.

Jeden Mittwoch, abends 7,30 Uhr, im Kolpingshaus, Teichstr. 24, Fachzeichnen der Holzarbeiterjugend. Alle Kollegen, die bisher an dem Zeichnen noch nicht teilgenommen haben, werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.

Sängerchor „Freundschaft".

(Gesangverein des Kartells.)

Uebungsabend: Jeden Dienstag, ab 20,30 Uhr, bei Rother, Matthiasstraße 35. Sangeslustige Mitglieder können sich melden.

Wie ist so etwas möglich

sagt man wohl, wenn man liest, daß das in ganz Deutschland bekannte **Lebensmittelversandhaus Seibold in Nortorf in Holstein** 2 rote Kugelkäse = 9 Pfd., vollständig gesunde Ware ohne jeglichen Abfall und aus bestem Rohmaterial hergestellt, für nur Mk. 3,95, und 200 Stück feinste goldgelbe Harzerkäse für nur Mk. 3,95 liefern kann!!! — Kurz gesagt, es ist eben nur möglich, weil der Käse in Schleswig-Holstein, dem Lande der großen Milchproduktion, hergestellt wird. Tausende von unseren Kunden waren überrascht, solch guten billigen Käse zu erhalten.

Und die Moral von der Geschicht,
Laß endlich aufgehn Dir ein Licht,
Kauf Käse bei Seibold, so hast Du gewonnen,
Ich weiß es bestimmt, Du wirst wiederkommen.

Deutsche Volksbank
Aktiengesellschaft
Essen
Bank des Deutschen Gewerkschafts-Bundes

Günstigste Spargelegenheit · Pflege des berufsständischen Sparwillens des Arbeitnehmers · Einzahlungen an die Geschäftsstellen und an die mehr als 400 Annahmestellen im Reiche Sorgfältigste Erledigung von Bankgeschäften · Bankverbindung an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes

Hauptgeschäftsst.: Essen, III. Hagen 64

Nebenstellen:
Berlin — Duisburg — Düsseldorf — Münster — Köln und Saarbrücken

Annahmestelle Breslau: Teichstraße 24, Zimmer 34. W. Walter

Telefon 34676
Neu! In Neu!
Geldnot
sofort — reell — diskret
Bargeld
in jeder Höhe auf Pfänder
im behördlich konzessionierten
Leihhaus Richter
Neudorfstraße 59, I.
geöffnet von 8—7 Uhr.

Kugel-Käse Ia
rot gesunde Ware ohne Abfall
2 Kugeln = 9 Pfund 3,95 Mk.
200 Harzerkäse Ia 3,95 Mk.
1 Kugelkäse und 100 Harzerkäse 3,95 Mk. ab hier Nachnahme
K. Seibold, Nortorf (Holst.)
Nr. Hb. 250

Kredit 9-15 Monate
Herren- und Damen-Bekleidung
Bett-, Leib- und Tisch-Wäsche
Gardinen, Stores, Bettdecken
Stuben- und Küchen-Garnituren
Wollwesten, Pullover, Jacken usw.
Wäsche-Garderoben-Haus
M. Reiß, Nikolaistadtgraben 19, Hp.

Standuhren!
mit Westminster Gelänte u. Doppelschlag
Herrl. Tonfülle sowie
Uhren aller Art, Schmuckwaren, Trauringe
verkauft zu bill. Preisen.
Georg Geier
Uhrmacher
Neue Graupenstraße
Ecke Freiburger Str. 16

Schuhwaren
in großer Auswahl
für **Herren Damen** und **Kinder**
Jos. Kanjära
Höfchenstr. 61
Mitglieder 5 Prozent!

Schleiferei
und Reparaturen
schnell und zu billigsten Tagespreisen
M. Radwansky
Stahlwarenhandlung
Breslau 1, Altbüßerstraße 25
Tel. 24832 Gegr. 1881

Einsegnungs-Anzüge

Eigene Anfertigung, sehr preiswert.
Oskar Dehmel
Neumarkt 45

Keine Ortsgruppe ohne „Schlesische Rundschau!"

Der gute Maßanzug
nur vom Maßschneider verfertigt, zeigt:
Langjährige Tragbarkeit
persönl. Sicherheit
strenge Ordnungsliebe
und richtigen Sparsinn.
ROMAN MATULLA
Vornehme Herren-Maß-Schneiderei
Westendstraße 4.

Malerarbeiten
jeder Art in einfachster u. elegantester Ausführung, preiswert und sauber führt aus auch auswärts
Max Janitschke
Breslau,
Mauritiusplatz Nr. 3a
Sammelnummer 53303

St. Vinzenzhaus
Breslau Tel. 50941
Seminargasse 3/5
empfiehlt seine
Lokalitäten
einer gefällig. Beachtung

Leihweise
Frack-
Rock- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Fassons
C. P. Pätzold,
Königstraße 7/9, I
Kißling-Ausschank

Schuhwarenhaus und Reparaturwerkstatt
Große Auswahl! Billige Preise!
Karl Schölzel
Breslau, Weinstr. 38
Ecke Kreuzburger Straße
Mitglieder 5% Rabatt!

Hermann Barth
Breslau
Gräbschener Straße 12
Telefon Nr. 54092
Teichstraße 24
(Kolpingshaus)
Telefon 54092
Hüte und Mützen
Mitglieder erhalten Rabatt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt J. Kabus, Breslau, Teichstraße 24